

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII, Fochova 62 - Telephon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

Aus dem Inhalt:

Frankreich steigert die Luftrüstungen

Erregte Stimmung in Ungarn

Es regnet Seidenstrümpfe

Eigene slowakische Bahnverwaltung

18. Jahrgang

Samstag, 22. Oktober 1938

Nr. 249

Interventionen

Eine der Maßnahmen, welche die Regierung Syrový getroffen hat, ist die Herausgabe einer Zeitung, die Abgeordneten und Senatoren mögen in persönlichen Angelegenheiten bei den Behörden keine Interventionen mehr vornehmen. Diese Zeitung hat im allgemeinen Trübel des Geschehens der letzten Zeit wenig Beachtung gefunden und erst jetzt, nachdem die Aufgaben des neuen Staates in konkreter Form sichtbar werden, erweckt auch diese Maßregel Aufmerksamkeit. Das „Károdni Osvoženi“, das Blatt der Legionäre, welches sich immer durch eine objektive und maßvolle Betrachtung der Dinge ausgezeichnet hat und dem man — es sei dies nebenbei gesagt — nicht vergessen sollte, daß es stets auf das sudetendeutsche Problem, welches sich als so schicksalhaft für die Tschechoslowakei erwiesen hat, aufmerksam gemacht hat, begrüßt diesen Schritt der Regierung und sagt:

„Wenn wir mit der Vergangenheit abrechnen, wiederholen wir von vornherein, von welchem großen und gefährlichen Uebel, gegen das wir durch Jahre lang vergeblich gekämpft haben, wir uns endgültig verabschieden. Durch lange Jahre hat man persönliche Interventionen bei den Behörden trotz des ausdrücklichen Verbots der Verfassungsurkunde, welche diese Praxis nicht erlaubt hat, durchgeführt.“

Nicht nur das genannte Blatt hat die Interventionen als Uebel empfunden, auch die Parlamentarier haben darin durchaus nicht ihre liebste Beschäftigung gesehen. Sie waren durch die ständigen Interventionen, die Woche für Woche und Monat für Monat durchgeführt wurden, außerordentlich belastet und es hat vielfach die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften von den politischen Fragen und den Problemen, welche in den beiden Häusern des Parlamentes behandelt werden mußten, abgelenkt. Waren die Parlamentarier in ihren Heimatorten, mußten sie bei den Lokalbehörden intervenieren, waren sie in Prag, so war ihre Tätigkeit zu erheblichem Teile mit Besuchen bei Zentralbehörden ausgefüllt. Die Mitschuld daran trifft zweifellos die Bevölkerung, welche den Abgeordneten sozusagen als ihren Agenten betrachtete und seine Tätigkeit nach der Zahl der Interventionen, die er durchzuführen imstande war, bewertete. Viele Abgeordnete erlagen geradezu der Last dieser Interventionen, erinnert sei nur daran, daß einer der populärsten Volksvertreter, der ehemalige Abgeordnete und Senator Vojta Beneš, sein Mandat deswegen niederlegen mußte, weil er den Anforderungen, welche die Wähler im Hinblick auf Interventionen an ihn stellten, einfach nicht nachkommen konnte.

Wie alles auf der Welt hätte naturgemäß auch die reiche Interventionstätigkeit der parlamentarischen Vertreter ihre guten Gründe. Die Bevölkerung hatte, und vielfach mit Recht, die Empfindung, daß unsere Verwaltung, ganz abgesehen von dem konkreten Ergebnis, mit dem die Dinge erledigt wurden, zu langsam arbeitete. Sollte man die Erledigung eines Aktes beschleunigen, blieb gar nichts anderes übrig, als bei der betreffenden Behörde diese Erledigung zu urteilen. Der Fehler unserer Verwaltung bestand darin, daß die Beamten, insbesondere bei den Behörden erster und zweiter Instanz, sich vor der Verantwortung, eine Angelegenheit in bestimmter Weise zu erledigen, fürchteten und Mittel und Wege suchten, um einen Akt so zu erledigen, daß ihnen weder von der Bevölkerung und ihren Vertretern, noch von der übergeordneten Behörde irgendwelche Schwierigkeiten gemacht wurden. Jede zweckmäßige Verwaltungsreform wird die Verantwortlichkeit und den Mut der Entscheidung unserer Beamten zu heben und zu wahren bemüht sein müssen. In den Interventionen der parlamentarischen Vertreter und der Angehörigen gewisser öffentlicher Körperschaften lag schließlich nichts anderes zum Ausdruck als die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit und eines Zusammenwirkens von Demokratie und Bürokratie. Der Beamte entscheidet in den meisten Fällen nach der Altenlage, für ihn gilt nur, was im Akt vorhanden ist und was das Gesetz vorschreibt. Demgegenüber schöpft der demokratische Vertreter der Bevölkerung seine Kenntnisse aus der wirklichen Lage.

Es wäre also schief gesehen, wenn man von der Beseitigung der Interventionen alles Heil erwarten würde. Das Wesentliche ist vielmehr

Der Ministerpräsident spricht:

Rettung bei moralischer Wiedergeburt

Baldige Rückkehr zur normalen Geldwirtschaft — Neue Eisenbahnen und Straßen — Realisierung der europäischen Garantie unserer Sicherheit

Prag. Der Vorsitzende der Regierung, Armeegeneral Jan Syrový, empfing Freitag den Vertreter des Tschechoslowakischen Pressebüros, dem er folgende Unterredung gewährte: Als sich vor drei Wochen die gegenwärtige Regierung der Republik konstituierte, machte unser Staat die kritischsten Augenblicke durch. Die Entscheidung der vier Großmächte in München, der wir uns beugen mußten, war durch die Okkupation einiger unserer Gebiete bereits in Durchführung. Wir waren vor die schwere Aufgabe gestellt, die territorialen Ansprüche von drei Nachbarstaaten zu befriedigen. Die schrittweisen

den Rechtsicherheit liegt der wirksamste Schutz vor ernstlichen Störungen und überflüssigen wirtschaftlichen Verlusten und die beste Stütze für die internationalen Verhandlungen.

In organisatorischer und technischer Hinsicht wurde in den vergangenen Wochen in allen Verwaltungszweigen und insbesondere auch in der Armee große Arbeit geleistet. Unsere Offiziere und Truppen, unsere Beamten und sämtliche Staatsangestellten leisteten sie mit muster-gültiger Opferwilligkeit, wofür ihnen nicht nur der Dank der Regierung, sondern aller Bürger gebührt. In einigen Tagen wurde die Evakuierung

denken, daß wir die nackte Existenz retten und daß das Werk der Rettung nur bei vollkommener moralischer Wiedergeburt beendet werden kann. Wir müssen die günstigsten Voraussetzungen und die festesten Grundlagen für die Belebung der industriellen, gewerblichen, landwirtschaftlichen und kaufmännischen Unternehmertätigkeit schaffen. Wir werden neue Eisenbahn- und Straßen-Verkehrsverbindungen ausbauen. Wir werden eine moderne technische Organisation des Verkehrs durchführen, in welche wir den freigewordenen privaten Automobilverkehr einschalten werden. Wir werden rasch zweckmäßige und rentable Investitionen durchführen. Wir werden auch neue Wege bei der Organisation der Arbeit gehen. Wir haben in dieser Hinsicht bereits eine Forderung erfüllt, welche von der Öffentlichkeit schon lange erhoben wurde, daß an Stelle der Arbeitslosenunterstützungen vom Staat feste Arbeitseinheiten gebildet werden. Die Verordnung über die Arbeitslosenformationen, welche Samstag ihre Tätigkeit aufnehmen werden, entspricht sowohl diesem Ruf der Öffentlichkeit wie auch dem Bedürfnis einer großzügigen Organisation der Arbeitskräfte der Nation, die ein neues Heim baut. Diese Mission ist mit der Pflicht der neuen Institution verbunden, nicht nur die Arbeit zu dirigieren, sondern auch die Erziehung der Mitglieder der Arbeitsformationen zu leiten. Die Freude am Werk muß über die Verzweiflung ob des erzwungenen Müßiggangs siegen.

Schrittweise verwickeln wir die Reform der Staatsadministrative. Eine Verständigung der Institutionen und Einrichtungen ist unerlässlich. Ihr geistiger Inhalt muß aber nach den gewonnenen Erfahrungen den Bedürfnissen der Zeit der Entwicklung der modernen Organisationen und der Arbeitsdirigierung erneuert werden. Ein neuer Geist im privaten Unternehmertum ist ohne einen neuen Geist bei den Behörden nicht möglich.

Herzliches Verhältnis zu allen Nachbarn

In der auswärtigen Politik ist es unser Ziel, ehestens und in vollkommener Weise ein Übereinkommen mit allen Nachbarn zu erzielen. Die allerdringendste Aufgabe ist es jetzt, neue feste Grenzen festzusetzen und die europäische Garantie ihrer Sicherheit zu realisieren, welche in dem Münchener Abkommen vom 30. September und in den ersten Vorschlägen der Westmächte vom 19. September enthalten sind. Diese Garantie, an der gleichzeitig England, Frankreich, Deutschland und Italien teilnehmen sollen, wird umso wertvoller und verlässlicher sein, je besser und herzlicher unser Verhältnis zu allen unseren Nachbarn sein wird. Auch aus Gründen der Erneuerung der gesamten Wirtschaft wollen wir mit allen Kräften bestrebt sein, daß die gegenseitigen Beziehungen insbesondere zu den Nachbarn sich in jeder Hinsicht im Geiste absoluter Loyalität entwickeln. Wir haben den Beweis der Treue zu übernommenen Verpflichtungen und der Enschlossenheit auch zu den schwersten Opfern gegeben. Wir haben gleichzeitig den äußersten Selbstverleugungswillen, ja sogar Selbstaufopferung für die Sache des Friedens an den Tag gelegt. Wir können daher sicherlich darauf vertrauen, daß unser Vorgehen und unser aufrichtiges Bestreben vor allem von den Nachbarationen richtig eingeschätzt werden wird.

Die Zukunft des Staates beruht auf ausdauernder und zäher Arbeit. Wir werden daher zu den Bürgern nicht in Schlagworten und Versprechungen reden. Wir haben genau abgesteckte Aufgaben. Wir müssen zunächst die Grundlagen für das künftige Leben der tschechischen, slowakischen und karpathorussischen Nation sichern.

Die Regierung ist absolut einmütig und einig in dem Entschluß, die Aufgabe konsequent und vollständig, ehrlich und gerecht zu erfüllen.

Der 28. Oktober — ein Arbeitstag

Prag. Amtlich wird gemeldet: Der heutige Staatsfeiertag des 28. Oktober fällt in außerordentliche Verhältnisse, denen die äußerlichen Feiern dieses Tages angepaßt werden müssen. In einer Zeit, wo alle Bemühungen der Regierung und der Bevölkerung auf die Reuaufrichtung des Staates hingedrängt sind, wird der Staatsfeiertag am geeignetsten und würdigsten durch Arbeit geachtet werden. Gemäß der Regierungsverordnung vom 14. Oktober 1938, Zahl 241 Slg. d. Ges. u. Vdg.

werden sich somit die Bestimmungen über Sonntage auf den Tag des 28. Oktober 1938 nicht beziehen. In allen öffentlichen Ämtern wird amtlich werden und auch auf allen Gebieten der privaten Betätigung gelten die Vorschriften über die Sonntagsruhe nicht. Auch bei der Berechnung von Fristen werden für diesen Tag die bisherigen Abweichungen nicht gelten. Diese Regierungsverordnung bezieht sich allerdings bis auf den heutigen 28. Oktober.

territorialen Änderungen im Lande Böhmen und Mähren-Schlesien, die seit dem 1. Oktober erfolgten, haben sich rasch im ganzen Leben des Staates widerspiegelt. In diesen Augenblicken heftiger und unerwartet ankündender Ereignisse war es die Hauptaufgabe, den Gang der ordentlichen Verwaltung des Staates, das Wirtschaftsleben und die Rechts- und soziale Ordnung zu erhalten. Gleichzeitig war es notwendig, rasch und im Sinne der Regierungserklärung die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Tschechen, Slowaken und Karpathorussen auf Grundlage vollkommener Gleichheit zu bereinigen. Durch rasche Verhandlungen mit den Vertretern der Slowakei und den Repräsentanten Karpathorusslands gelang es, im Einvernehmen und in Zusammenarbeit, eine vorläufige autonome Verwaltung der Länder Slowakei und Karpathorussland zu verwirklichen. Die Regierung der Republik wurde um fünf slowakische und drei karpathorussische Minister erweitert.

Wichtigste Aufgabe: Normale Verhältnisse

Wir waren uns dessen bewußt, daß die Verhandlungen mit den Nachbarstaaten nur dann zu einem guten Abschluß geführt werden können, wenn wir normale Verhältnisse im ganzen Staate aufrechterhalten. Daher haben wir dafür Sorge getragen, daß die Grundlagen der geltenden Rechtsordnung gewahrt werden. In der dauernden

der Behörden und auch eines Teiles der Bevölkerung aus dem von der reichsdeutschen Armee besetzten Gebiete durchgeführt. Zehntausende Beamten, Angestellte und Privatpersonen und deren Familien wurden aus den okkupierten Gebieten ins Innere des Landes gebracht. Den Flüchtlingen wurde Hilfe zuteil, die Staatsangestellten wurden soweit möglich, sofort in den Dienst eingegliedert. Gleichzeitig wurde die Demobilisierung der Armee begonnen. All das erfolgte und erfolgt in Ordnung und unter voller Berücksichtigung sowohl der Interessen der landwirtschaftlichen Erzeugung als auch der industriellen Erzeugungszweige.

Sicherung der Währung

Die wichtigste Aufgabe war es, jede Panik im Geldwesen zu verhindern. Heute ist unsere Währung gesichert. In der nächsten Zeit wird es möglich sein, zu der normalen Geldwirtschaft zurückzukehren. Die finanzielle und wirtschaftliche Ordnung hat es ermöglicht, Verhandlungen mit den Westmächten über eine finanzielle Hilfe zum Umbau des Staates und seiner Erneuerung aufzunehmen. Die Verhandlungen in London und Paris gewähren die Aussicht auf einen gedeihlichen Abschluß.

Wirtschaftlicher Neuaufbau

Wir sind allerdings erst am Beginn der großen Aufgaben. Wir müssen ständig daran

die Schaffung einer raschen, geregelten, modernen Verwaltung, deren eine notwendige Voraussetzung ihre Dezentralisation ist. Einer der Mängel der tschechoslowakischen Verwaltung besteht darin, daß ein großer Teil aller Angelegenheiten den Weg von der Gemeinde durch die Bezirksbehörde und Landesverwaltung bis zu den Ministerien wandern muß. Es sind oft unbedeutende Dinge, deren Entscheidung der Zentralbehörde vorbehalten ist. In den historischen Ländern, sowohl in Böhmen als auch in Mähren, gibt es beispielsweise eine reich gegliederte, in viele Abteilungen zerfallende, eine große Agenda bewältigende Landesverwaltung, von der Angelegenheiten an die Zentralbehörden abgetreten werden müssen, in denen die Sachkenntnis des einzelnen Beamten oft nicht größer ist als bei jenen, der untergeordneten Landesinstanz. Die Dezentralisation der Verwaltung muß aber auch in der Weise erfolgen, daß der Selbstverwaltung vieles zurückgegeben wird, was ihr genommen wurde, und daß auch ihr zur freien Entscheidung

manches überlassen wird, was den langwierigen Weg bis nach Prag nicht antreten muß. Der Gang der Verwaltung muß beschleunigt werden und es müssen unter persönlicher Verantwortung der betreffenden Referenten und der Abteilungs-vorstände Fristen festgesetzt werden, innerhalb welcher in bestimmter Zeit Angelegenheiten erledigt werden. Wenn die Verwaltung rasch, flaglos, objektiv, unparteiisch und verlässlich sein wird, dann werden Interventionen von selbst aufhören. Das Einschreiten der Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften wird sich dann auf grundsätzliche Fragen beschränken können und es könnte dies auch im Parlament geschehen, wie es das „Károdni Osvoženi“ mit Recht vorschlägt. Es könnten Interpellationstage eingeführt werden, an denen die Abgeordneten Anfragen an die Mitglieder der Regierung stellen, welche ungeklärt auch die Antwort dem Fragenden zu erteilen hätten. Dadurch würde auch unser parlamentarische Leben mit stärkerem Inhalt erfüllt werden.

Sidor bei Oberst Beck

Warschau. Der Abgeordnete Sidor wurde Freitag Mittags vom polnischen Außenminister Oberst Beck empfangen. Ueber die Beziehungen zwischen dem Leiter der polnischen Außenpolitik und dem Abgesandten der slowakischen Regierung wurde bis zur Stunde kein offizielles Kommuniqué veröffentlicht. Es verlautet, daß die Besprechungen eine ziemlich geraume Zeit in Anspruch genommen haben.

In Warschauer politischen Kreisen herrscht die Meinung vor, daß dem Abgesandten der slowakischen Regierung trotz der größten Courtoisie, die ihn seitens der offiziellen Faktoren Polens entgegengebracht wurde, in Warschau keine bindenden Erklärungen oder Verpflichtungen in der Angelegenheit der territorialen Konflikte zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn sowie in der Angelegenheit der von Polen geforderten gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze gegeben wurde.

Polnisch-tschechoslowakische Kommissionen

Prag. In Angelegenheit der Liquidierung der durch die Aenderung der polnisch-tschechoslowakischen Grenze entstandenen Fragen haben sich am Mittwoch, den 19. Oktober tschechoslowakische Arbeitskommissionen konstituiert, die mit der Behandlung dieser Fragen betraut wurden. Am 20. d. M. fand eine gemeinsame Sitzung der tschechoslowakischen Delegation mit der polnischen Delegation statt. Sie wurde eingeleitet mit Rundgebungen der beiden Vorsitzenden, und zwar des Univ.-Prof. Dr. Arlmat und des Departement-

chefs im polnischen Außenministerium Valicki. Sodann wurden von den beiden Delegationen die Richtlinien bestimmt, nach denen die Arbeiten geleitet werden sollen und die Organisation dieser Arbeiten festgesetzt. Dadurch wurden zwischen den zuständigen Sachverständigen Beziehungen angeknüpft und die Arbeit der Kommissionen eröffnet. Einige dieser Kommissionen werden mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der ihnen auferlegten Aufgaben sofort mit ihrer Arbeit beginnen, andere später, bis die Grundlage für ihre Arbeiten gegeben sein wird.

Die Parteien in der Slowakei

In der Slowakei hat, wie wir bereits gemeldet haben, innerhalb der Parteien ein Umschichtungsprozeß eingeleitet. So hat sich die Slowakische Agrarpartei von ihrer tschechischen Mutterpartei losgelöst und die tschechische Volkspartei ist in der Slowakischen Volkspartei aufgegangen. Nun wird bekannt, daß die in der Slowakei bestehende tschechisch-nationalsozialistische Partei sich mit der Slowakischen Nationalpartei verschmelzen wird. Was die tschechischen Sozialdemokraten betrifft, hat ihre slowakische Parteileitung eine Sitzung abgehalten, in der der bisherige Vorsitzende der Landesorganisation, der ehemalige Minister Dr. Džer, seinen Rücktritt bekannt gegeben hat. Dies wurde zwar von der Sitzung nicht zur Kenntnis genommen, aber dem Wunsch Dr. Džers wurde insofern Rechnung getragen, als mit der einstweiligen Leitung der Partei deren Vizevorsitzender Michael Korman betraut wurde.

Ministerrat mit Slowaken und Karpathorussen

Prag. Der Ministerrat trat Freitag vormittags 10 Uhr unter Teilnahme der Mitglieder aus der Slowakei und Karpathorussland zu einer Sitzung zusammen, in welcher die Verhandlungen über die Zeitfragen betreffend die Slowakei und Karpathorussland fortgesetzt wurden. Die Regierung informierte gleichzeitig über den heutigen Stand dieser Fragen die Vorsitzenden der Nationalversammlung und die verantwortlichen politischen Repräsentanten der Parlamentsmehrheit.

Bratislava. Der Vorsitzende der slowakischen Regierung Dr. Josef Tiso hat am Freitag vormittags den Oberbefehlshaber der tschechoslowakischen Wehrmacht Armeegeneral Kreiß empfangen. Nachmittags empfing er den Fabrikanten Jan Wafa.

Südafrika und die Einwanderer

London. Die Bemühungen, Heimstätten für tschechoslowakische Auswanderer zu schaffen, dauern an. „Daily Telegraph“ berichtet aus Kapstadt, daß die südafrikanische Regierung von der britischen noch nicht offiziell zur Mitarbeit aufgefordert worden sei. Der Korrespondent meint, es sei unwahrscheinlich, daß die südafrikanische Union mitarbeiten würde, da die Regierung eine Masseneinwanderung nicht begünstigt. Die tschechoslowakischen Einwanderer müßten nach den bestehenden Vorschriften behandelt werden, welche eine individuelle Ervägung jedes einzelnen Falles vorsehen.

Die Japaner in Kanton

Britische Besorgnisse wegen der Bahn Kanton—Hongkong

London. In hiesigen Kreisen wird die Verführung ausgesprochen, daß mit dem Fall Kantons in japanische Hände, die Frage der Kanton—Kaulung verbindenden Eisenbahn brennend wird. Kaulung liegt in der britischen Kolonie Hongkong und die Eisenbahnstrecke ist überwiegend britisches Eigentum. Außer im Jahre 1856 während des chinesisch-englischen Krieges war Kanton noch nie von fremdem Militär besetzt. Ausländische Beobachter glauben jedoch, daß die Japaner, wenn sie China unterwerfen wollen, sowohl Kanton wie Hankau besetzen müssen. Insbesondere Kanton ist ein sehr wichtiger Punkt, denn er ist der bisher einzige verbliebene chinesische Hafen für die Zufuhr von Kriegsmaterial nach China. Kanton war jedoch auch ein wichtiger Handelshafen, dessen Zolleinnahmen eine wichtige Einnahmequelle im chinesischen Staatsbudget bilden. Kanton spielt auch eine wichtige Rolle im nationalen Leben Chinas. Es ist die Wiege des chinesischen Nationalismus und hat im politischen Leben des modernen China eine wichtige Rolle gespielt.

Schanghai. Alle obersten behördlichen Faktoren von Kanton haben diese Stadt verlassen. Es wird mitgeteilt, daß alle Fabriken und öffentlichen Betriebe in die Luft gesprengt werden und daß japanische motorisierte Einheiten in Kanton eingedrungen seien.

Hankau. Die Räumung der Stadt Hankau ist in vollem Gange. Vor allem werden Periwinkle und Kriegswaffen abtransportiert. Die chinesische Nachrichtenagentur sowie sämtliche Zeitungen haben ihre Vertriebe eingestellt. Die Wasserwerke arbeiten wegen Kohlenmangels nur mit halber Kraft. Im Chinesischen Frontbericht wird betont, daß die Chinesen die Stadt Sawo im äußersten Südpol der Provinz Honan zu-

rückerobern und die Nordfront halten wollen. Auf dem Nordufer des Jangtse sind die japanischen Truppen bis auf 90 Kilometer östlich von Hankau vorgestoßen. Auf dem Südufer gehen die Japaner in zwei Hauptrichtungen auf den Hauptstraßen vor. Im Westen sind die Japaner bis auf 65 Kilometer an die Hankau—Tschangtscha-Eisenbahn herangerückt.

Die Hauptstadt der Provinz Honan, Tschangtscha, sowie die Stadt Ping-Tschiang im Ostteil derselben Provinz wurden Donnerstag ungelöstlich heftig bombardiert. In Ping-Tschiang wurden von den japanischen Bomben mehr als 300 Häuser zerstört und an 600 Personen getötet. Die Stadt Tschangtscha wurde von den japanischen Flugzeugen dreimal bombardiert, wobei 400 Häuser zerstört und 300 Personen getötet wurden. Ping-Tschiang ist zum erstenmal bombardiert worden.

Tokio. Die japanischen Truppen haben Donnerstag an der Jangtse-Front die Eisenerzgruben von Tschangtscha erobert, deren Erzvorkommen auf hunderte Millionen Tonnen geschätzt werden. Vor dem Konflikt bezog Japan aus diesen Gruben durchschnittlich eine halbe Million Tonnen Eisenerz. Japanischerseits sind an den Gruben 80 Millionen Yen investiert. Weiter meldet Domei, daß am Nordufer des Jangtse Aischui, 70 Kilometer stromabwärts, von Kwangschingang aus am Freitag früh erobert worden sei. Die japanischen Truppen überschritten ferner das Tapieckmassiv, die Grenze zwischen Honan und Szechuan.

Hongkong. Marshall Tschiangkai-schek ist Freitag aus Hankau nach Tschangtscha, 190 Meilen südlich von Hankau abgereist. Es verlautet, daß die Frau Tschiangkai-schek nach Tschungking, der Hauptstadt der Provinz Szechuan abgereist ist.

Beruhigung in Palästina?

Die militärischen Maßnahmen wirkungsvoll

Jerusalem. In Jerusalem ist jetzt eine erhebliche Entspannung zu bemerken. Durch die Stärkung der britischen Autorität infolge der militärischen Maßnahmen der letzten Tage wurde auch das Vertrauen in hohem Maße wieder erneuert. Die unter dem neuen militärischen Regime in Jerusalem getroffenen Maßnahmen werden auf das ganze Land ausgedehnt. Erwähnenswert ist, daß mit der allgemeinen Besserung der Lage in Jerusalem auch anderwärts eine Verminderung der Zwischenfälle zu bemerken ist.

Den ganzen gestrigen Tag über säuberten die britischen Truppen die besetzten Stadtteile in langsamem Vorgehen und verfolgten die Aufständischen, die einzeln zu entkommen versuchten; ver-

dächtige Personen wurden verhaftet. Jeder Augenblick mühten die Truppen Feuerüberfälle zu beantworten. Die Häuser wurden streng durchsucht, wobei große Mengen von Waffen und Munition entdeckt wurden. Auch die Bevölkerung, Männer sowohl als auch Frauen, wurden durchsucht.

Die Stadt bietet ein Bild der Verlorenheit. In bewachten Autos wird Brot zugeteilt, das insbesondere vor dem österreichischen Hospiz verteilt wird, wozu die Bewohner zweimal täglich unter Eskorte gebracht werden. Können verschiedene Orden helfen nach Kräften der Bevölkerung. Der größere Teil der Altstadt ist bereits besetzt.

Offiziell wird gemeldet, daß die Zahl der bei der Evakuierung getöteten Araber 19 Männer beträgt, während 25 Personen verwundet wurden.

Kritischer Stand der Wirtschaftsverhandlungen zwischen England und Amerika

New York, 21. Oktober. (Reuter.) Associated Press meldet aus Washington: In London ist eine Note der amerikanischen Regierung eingetroffen, in der, wie verlautet, der britischen Regierung zu verstehen gegeben wurde, daß Großbritannien zwischen folgenden zwei Möglichkeiten wählen muß: Entweder gesteht England für eine kleine Zahl amerikanischer Standard-Produkte bei ihrer Einfuhr nach England erhebliche Konzessionen zu oder es wird keine Handelsverträge mit den Vereinigten Staaten haben. Es verlautet, daß

sich unter den Erzeugnissen, über welche bisher kein Einvernehmen erzielt werden konnte, Automobile, Schinken, Schmalz und Speck befinden.

Keine Differenzen London—New York

Washington. Staatssekretär Hull erklärte bei der freitägigen Journalistenkonferenz, daß die Gerüchte über eine Unterbrechung der britisch-amerikanischen Handelsverhandlungen obsolet seien und daß vielmehr diese Verhandlungen ihren normalen Verlauf nehmen.

Unruhe in englischen Kolonien

Gegen die Rückgabe an Deutschland

London. „Daily Telegraph“ meldet aus Kapstadt, es bestehe die Möglichkeit, daß der südafrikanische Verteidigungsminister Pirow einen Besuch abzustatten wird. Pirow ist Donnerstag von Pretoria nach Lissabon und London abgeflogen. Er will mit Portugal die Frage einer südafrikanischen Zusammenarbeit mit Einschluß der kolonialen Verteidigungsprobleme und mit England hauptsächlich die Verteidigungsfrage erörtern. Von England aus soll Pirow eventuell den deutschen Reichskanzler besuchen.

Tanganjika will nicht zum Dritten Reich

Dares Salaam. In einer großen Versammlung, in der alle Rassen vertreten waren, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher gefordert wird, daß Tanganjika beim britischen Reich verbleibe. Die Resolution arbeitete der anerkannte Führer der Kolonie von Tanganjika, Sir William Leab, aus, der kürzlich aus Europa zurückgekehrt ist und in London das Kolonialministerium und die übrigen einflussreichen Stellen über die Meinung der Kolonisten in Tanganjika informiert hat, die äußerst beunruhigt sind über die Möglichkeit, daß Tanganjika Deutschland zurückgestellt würde.

Englands Umstellung auf die Kriegswirtschaft

London. (Reuter.) In Regierungskreisen herrscht die Auffassung, daß es angezeigt wäre, ein Versorgungsministerium zu errichten, das von einem Kabinettsmitglied geleitet würde, welches dafür verantwortlich wäre, daß die Er-

ledigung von Bestellungen der verschiedenen Dienste der Nationalverteidigung in möglichst kürzester Frist gesichert sei. Falls dieser Antrag angenommen werden wird — und das scheint jetzt wahrscheinlich zu sein — wird das eine teilweise Mobilisierung der Industrie im Interesse der Sicherung eines Vorrates für Bestellungen bedeuten, die von den Departements für Nationalverteidigung vergeben wurden.

Vor wichtigen englischen Beratungen

London. Eine Reihe wichtiger innerpolitischer Verhandlungen findet gegenwärtig in London statt. Sie stehen im Zusammenhang mit den Bestrebungen nach Rekonstruktion der Regierung. Das Parlament wird seine Sitzungen am 1. November wieder aufnehmen. Der Oberste Rat der Labour Party wird am Dienstag das Exekutivkomitee und die Gewerkschaften werden am Mittwoch kommender Woche tagen. Am Donnerstag wird sodann die endgültige Entscheidung der Labour Party über ihre Taktik fallen. Man nimmt an, daß nach Eröffnung des Parlaments auch eine große Diskussion über die außenpolitische Lage abgehalten werden wird.

Carol nach London

London. (Reuter.) Freitag abends wurde offiziell mitgeteilt, daß König Carol II. von Rumänien die Einladung des britischen Königspaars zu einem Besuche Londons vom 15. bis 18. November angenommen habe. König Carol wird vom Kronprinzen Michael begleitet werden.

Entpolitisierung des französischen Kabinetts?

Paris. Die Öffentlichkeit und die Presse befassen sich eingehend mit der künftigen Orientierung des Parlamentes und der Regierung. Ministerpräsident Daladier setzt seine Beratungen mit den Parteiführern fort. Der von unpolitischen Organisationen gemachte Vorschlag einer Parlamentsauflösung und der Ausschreibung von Neuwahlen findet bei den politischen Führern sowohl der Linken als auch der Rechten keine Unterstützung. Aus den bisherigen Beratungen ergibt sich, daß ein grundsätzliches persönliches Einvernehmen und eine engere persönliche Zusammenarbeit zwischen den politischen Führern der einzelnen Lager wie etwa zwischen Daladier, Blum, Paul Reynaud und den Sozialisten viel leichter bewerkstelligt werden kann, als eine disziplinierte dauernde Zusammenarbeit der politischen Parteien. Die Formel eines Kabinetts der Nationalen Rettung hat sich abgebraucht, überdies wird allgemein bezweifelt, ob sie die gewünschte Lösung und einen raschen Ausweg aus der gegenwärtigen unhaltbaren Wirtschafts- und Finanzlage ermöglichen würde. Daher greift man lieber auf die Möglichkeit einer stärkeren Entpolitisierung des Kabinetts durch Zugabe von Fachleuten an die verantwortlichen Stellen des Budgets, des Staatsgesetzes, der Rüstungen, der Volkswirtschaft usw. zurück. Es scheint, daß Mi-

nisterpräsident Daladier, der bekanntlich gleichzeitig Obmann der Radikalen Partei ist, seine beiden großen Neben beim Marxistischer Parteiführer in diesem Sinne halten und die Partei erziehen wird, sich gleichfalls in diesem Sinne auszupressen.

Arbeitsdienst in den Sudeten

Berlin. Die Blätter beschäftigen sich eingehend mit der Einführung des deutschen Arbeitsdienstes im Sudetenlande. Der Plan, nach dem das ganze Sudetengebiet für den Einsatz des Reichsarbeitsdienstes aufgeteilt wird, steht in großen Zügen bereits fest. Es werden ein bis zwei Arbeitsgänge, 13 bis 15 Arbeitsdienstgruppen mit etwa 100 Arbeitsdienstabteilungen geschaffen. Jede Abteilung hat eine Stärke von etwa 200 Führern und Männern.

Zivilverwaltung im Sudetengebiet

Berlin. Reichskanzler Hitler hat am Donnerstag an den Oberbefehlshaber des Heeres, den Generaloberst von Brauchitsch, ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm für seine Dienstleistung bei der Besetzung der sudetendeutschen Gebiete dankt und ihn von der Ausübung der Vollzugsverwaltung entbindet. In dem Schreiben wird bekanntgegeben, daß am 21. Oktober 1938 die Zivilverwaltung die Betreuung der sudetendeutschen Bevölkerung übernimmt.

Was schreibt die tschechische Presse?

Grundsätzliche Erwägungen und konkrete Fragen

Die tschechische Presse vom Freitag befaßt sich sowohl mit Erwägungen allgemeiner Natur als auch mit einigen konkreten organisatorischen Fragen aus dem Gebiete der Verwaltung und des sozialwirtschaftlichen Lebens.

Nicht nur für die eigene Freiheit, auch für die Freiheit Europas

„D u s t o j n i c k é l i t h“, das Blatt des Verbandes der tschechischen Offiziere, schreibt in einem Mähdlied über die Mobilisierung und die Tätigkeit der Armee unter dem Titel „Eine Million Mann in Bewegung“ u. a.:

Mehr als eine Million Männer traten in Bereitschaft den kühnen Gang zu ihrer Pflicht an. Allen waren die Folgen dieser weitreichenden Entscheidung, all dessen, was mit der Kundmachung der Mobilisierung zusammenhängt, klar. Der Mut aller bekam einen neuen Antrieb und es schien, daß die ganze Nation plötzlich erwacht sei, erwacht qualitativ und quantitativ. Soweit es sich um diese Seite der Angelegenheit handelt, sehen wir, wenn wir rückwärts schauen und betrachten und die vergangenen Wochen übersehen, daß es nicht bloßer Schein war, sondern daß tatsächlich die tschechoslowakische Nation versammelt um ihre Staatsflagge sowohl in der Feldarmee als auch in der Armee der Arbeit um einen Kopf gewachsen war. Ist es doch eine Nation, welche bis zur letzten Seele entschlossen war, ihr Leben nicht nur für ihr Land und die Unversehrtheit ihres Landes, nicht nur für ihre Freiheit, sondern auch für Europa und dessen Freiheit hinzugeben.

Sittliche Reinigung

„Stellen wir mit Nachdruck fest“, so schreibt die „M á r o d n í p o l i t i k a“, daß es vor allem die sittliche Reinigung ist, welche in der festen Ueberzeugung verlangt wird, daß wir in dieser Hinsicht unserem vergangenen Leben manches schuldig geblieben sind und daß wir gerade da manches gutzumachen haben. Die sittliche Reinigung bedeutet Ruhe, aber sie bedeutet auch den festen Vorsatz, alle Fehler und Irrtümer zu korrigieren, ein neues Leben anzufangen und auch der Erziehung der künftigen Generationen eine neue Richtung zu weisen. Und das ist das Wesen der Sache, welche die Nation von ihren Führern verlangt, und wovon jede künftige Entscheidung beherrscht sein soll. Nicht niedrige Leidenschaften menschlicher Egoismus, nicht Teilinteressen, nicht persönlicher Vorteil, sondern Vorteil und Wohl der Gesamtheit muß hell alles überstrahlen, was wir in diesen Tagen im Interesse einer, wie wir hoffen, besseren Zukunft entscheiden. Wir dürfen uns nicht mehr selbst täuschen, weil wir uns dadurch nur selbst strafen würden.“

Verrat am Verstand

Interessant ist auch die Stimme eines amerikanischen tschechischen Organs zu vernehmen, und zwar der „S p r a v e d l n o s t“ (Chicago), das wir nach den „M á r o d n í o s v o b o z e n i“ zitieren. Der Artikel scheint schon vor einiger Zeit geschrieben zu sein, bevor noch die Entscheidung gefallen war, ob die Tschechoslowakei kämpfen oder das Münchener Diktat annehmen sollte. Das genannte amerikanische Blatt schreibt:

Unsere verrätene tschechoslowakische Nation wird viel Selbstverleugnung und ungewöhnliche Geduld brauchen. Die Geduld aber ist die Mutter der Weisheit. Verzweifeln wir also nicht. Verurteilen wir nicht jene, in deren Händen die Verantwortung für das Schicksal und die Zukunft des tschechoslowakischen Volkes ist, wenn sie auch trotz der Provalationen, die in der Geschichte beispiellos sind, es ablehnen, kopflose Ritter zu werden und wenn sie die Nation nicht zum Selbstmord getrieben haben. Der tapferste Soldat der Zivilisation ist nicht derjenige, der sich blind in die Krallen des Raubtiers stürzt, sondern jener, der sich der Vernichtung zu erwehren versteht, damit er unter günstigen Bedingungen durch seine Kraft zur Bähmung des Raubtiers beiträgt. Wir fühlen so bitter wie jeder von und den Verrat, den die Verbündeten am tschechoslowakischen Volk geübt haben. Wir wissen, warum er verübt wurde. Aber wenn wir über diesen Verrat Erwägungen anstellen, wissen wir, daß die Aufforderung an die Männer, welche an der Spitze der Nation stehen, die Nation auf die Schlachtbank zu führen, auf welcher sie von der ganzen Welt verlassen gewesen wäre, ein ebenso schändlicher Verrat gewesen wäre. Es wäre ein Verrat am Verstand gewesen.

Für eine einheitliche Turnorganisation

„D e n k o v“ veröffentlicht einen Leitartikel seines Chefredakteurs Rudolf S a i l i k, in dem dieser Kritik an der Gründung des Verbandes der bürgerlichen Vereine übt, zu dem sich der Sokol, D A S, Orel und die Legionäre zusammengeschlossen haben. Die Schaffung eines solchen Ueberbaus über die genannten Organisationen erscheint dem Verfasser des Artikels zu wenig und er fordert eine einheitliche Organisation. Er sagt u. a.:

In der einheitlichen Organisation müssen Sokol, Orel, D A S, die Bauernvereine, die „S t r á z S v o b o d y“, usw. sein. Nicht eine Zentrale mit einer Reihe separater Organisationen, wie dies nach alter Weise war, sondern eine einzige zivile Armee. Das tatsächliche nationale Militär war der Sokol, ehe es zu der unheiligen Spaltung kam. Es kann nicht anders sein, als daß aus allen verwandten Organisationen nach ihrer Auflösung ein neuer Sokol entsteht, eine all-nationale überparteiliche Einrichtung, welche mit Macht und Kraft den einheitlichen nationalen Willen mit sich fortträgt. So will es das Volk, so muß es

unter allen Umständen sein. In dieser Organisation werden nicht ständische, politische, religiöse Unterschiede herrschen. Die ständische und politische Schichtung kommt in den Parteien zum Ausdruck, die religiöse in den Kirchen. . . Dieser mächtigen Organisation möge unter Mitwirkung der Vertreter der Armee die Wehrziehung der Nation anvertraut werden! Es ist dies eine wichtige Aufgabe, welche nicht nach politischen Organisationen geteilt werden soll. . . Ihre Schule werden alle, aber hauptsächlich junge Leute besuchen, welche sich das verschiedene Einschneiden, Zerhacken und Zerstückeln abgewöhnen werden. . . Es wird dies der erste Schritt zur nationalen Einheit sein, welcher durch die Tat zum Ausdruck kommt.

Die Selbstverwaltung im neuen Staat

Ueber dieses Thema spricht sich das „P r á v o l i b u“ folgendermaßen aus: „Geht kein Gehör den sich regenden Stimmen nach Einschränkung der demokratischen Selbstverwaltung. Auch in totalen Regimen hat sich die Totalität der Selbstverwaltung am wenigsten bemächtigt. Sie tat das nicht aus Sympathie zur Selbstverwaltung, aber mit vorsichtiger Rücksichtnahme auf deren wirtschaftliche und Verwaltungsfunktion. In unserer Republik, welche doch — trotz verschiedener Forderungen — demokratisch bleiben will und bleiben wird, wird der Selbstverwaltung ihre Aufgabe im staatlichen Leben eher erleichtert als erschwert werden. . . In der Selbstverwaltung wird man die politische Verwaltung von der zivilen bürgerlichen trennen müssen, und vor allem der Selbstverwaltung die Möglichkeit geben, mit eigenen Mitteln, die vom jetzigen Steuerhystem und der Steuerpraxis abgetrennt sind, zu wirtschaften. . . In den neuen Verhältnissen wird es auch möglich sein, die Gemeinden von der Last des sogenannten übertragenen Wirkungskreises zu befreien. Der Staat wird nun genug Beamte haben, um diese Dinge, die wie es sich gerade in diesen Zeiten gezeigt hat, für die Verteidigung des Staates besonders wichtig sind, selbst zu erledigen.“

Aufgaben der Gewerkschaften

Im „M á r o d n í o s v o b o z e n i“ äußert sich Václav S t o c e s über die Gewerkschaften und ihre künftige Funktion. Er sagt da:

Der Gewerkschaftsbewegung fällt eine wichtige Aufgabe zu. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind wirtschaftliche Einrichtungen, welche die Interessen der Arbeitenden nicht nur, was das Arbeitsverhältnis betrifft, sondern auch in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen vertreten. Die Gewerkschaftsbewegung ist sich schon längst der Grenzen ihrer Politik, insbesondere ihrer Lohnpolitik, bewußt geworden und sie weiß, daß der Lohnanteil ein untrennbarer Bestandteil des gesamten Nationaleinkommens ist. Die Erhöhung der Löhne und des Lebensniveaus kann bis zu einer bestimmten Grenze gehen — ich sage damit nicht, daß sie schon erreicht ist, aber das weitere Ansteigen ist abhängig vom Ansteigen des gesamten Nationaleinkommens und — vermögens. Deswegen waren, insbesondere in den letzten Jahren, die Gewerkschaftsorganisationen durch ihre Initiativen und durch alle ihre Bestrebungen bemüht, daß sich unsere Erzeugung und unser ganzes Unternehmen entwickle, daß sich der Nutzen des nationalen Einkommens und daher auch der Anteil der Lohnarbeit vergrößere. In der heutigen Uebergangszeit — wir müssen uns alle bemühen, daß sie so kurz als möglich sei — wird leider der Nutzen des Nationaleinkommens kleiner werden. Die Gewerkschaftsbewegung muß dafür sorgen, daß aus dem Anteil der Lohnarbeit nicht mehr abgezweigt werde als aus dem Anteil der übrigen Wirtschaftsfaktoren.

Die öffentlichen Angestellten

In einer Uebersicht über die großen sozialen Probleme, die vor uns liegen, schreibt der Wirtschaftskorrespondent der „M á r o d n í l i t h“, Dr. B. B i m e l h, über die Frage der öffentlichen Angestellten.

Ein Spezialproblem werden die öffentlichen, insbesondere die Staatsangestellten, und jene, die ihnen gleichgestellt sind, sein. In der Republik hatten wir nach der Volkszählung aus dem Jahre 1930 über 700.000 Personen, die ihre Existenz im Gerichts-, Verwaltungs-, Schul-, Militär- und anderem öffentlichen Dienst fanden. Das sind 34 Prozent aller Bewohner. Angestellte der eigentlichen Staatsverwaltung gab es bisher in der gesamten Republik 135.000 und Lehrer rund 70.000. Es ist nun die Frage, wie man die Existenz der überzähligen Angestellten, insbesondere in den böhmischen Ländern, deren Umfang sich wesentlich verringert hat, und wozu nun Teil auch viele tschechische Angestellte aus der Slowakei und Karpatenrußland kommen werden, möglich machen soll. Vorläufig wissen wir nicht die genaue Anzahl der überzähligen Angestellten, aber wir müssen die notwendigen Maßnahmen vorbereiten im Bewußtsein, daß dieser Menschen viele sein werden. Die Schwierigkeiten werden um so größer sein, weil wir gleichzeitig die öffentliche Verwaltung im Sinne ihrer Nationalisierung, Vereinigung und Verbilligung reorganisieren wollen. Der Grundgedanke aller Maßnahmen wird also sicher sein, bei Erhaltung der Bedürfnisse der Nationalisierung so viel als möglich Existenzmöglichkeiten zu erhalten und zu sichern. Viele Fragen der öffentlichen Angestellten, welche wir lösen und durchführen müssen, (s. B. die Doppelgehälter) sind gereift, oder lauten auf uns mit unerhittlicher Notwendigkeit. Wir sind uns alle dessen bewußt, auch die öffentlichen Angestellten selbst. Es gebietet das die eiserne Notwendigkeit, denn die verarmte Republik kann nicht alle bisherigen Einrichtungen und Belastungen ertragen. Es ist allerdings notwendig, überall vorsichtig und gerecht vorzugehen.

Frankreich steigert die Luftrüstungen

Ab Frühjahr 1939 monatlich 200 neue Flugzeuge

Paris. „Petit Parisien“ veröffentlicht eine Unterredung seines Redakteurs Charles Morice mit dem Minister für Flugwesen Guy La Chambre. Gleichzeitig bringt das Blatt Vergleichstabellen über die erhöhte Monatsproduktion an Flugzeugen in den Jahren 1937—39, die 200 Flugzeuge monatlich erreichen soll. Morice befragte den Minister nach dem Fortschritt der Erzeugung von 5000 Flugzeugen, von der in allen Reisen gesprochen wird. Minister Guy La Chambre erklärte: Seit 8 Monaten arbeiten wir an nichts anderem, als an der Lösung dieses Problems. Der Plan, den der Oberste Rat für das Flugwesen im Februar dieses Jahres beschlossen hat, setzt wirklich die Erzeugung von 5000 Flugzeugen und 12.000 Motoren fest. Obwohl dieser Plan sehr umfangreich ist, so muß ich noch zugeben, daß er, angesichts der in gewissen Nachbarstaaten gemachten Anstrengungen, als unzureichend bezeichnet werden muß. Es wird also Aufgabe der Militärleitung sein, zu bestimmen, was noch zu s ä h l i c h auf dem Gebiete der Land-, Luft- und

Marinekräfte unternommen werden muß. Schon die Installation neuer Maschinen in den Fabriken, die bereits bis zu 50 Prozent geliefert worden sind, hat die wesentliche Erhöhung der Monatsproduktion von Flugzeugen zutage treten lassen. Im September dieses Jahres hat die französische Flugzeugindustrie um ein Drittel mehr Flugzeuge erzeugt, als im Monats-Durchschnitt des Vorjahres. Im nächsten Frühjahr wird monatlich die Höhe erreicht werden, die für den neuen Plan der Erzeugung von 5000 Flugzeugen im Laufe von 2 Jahren festgesetzt wurde. Der Minister erklärte weiter, daß der Vorstoß der staatlichen Gesellschaften für den Flugzeugbau Ing. Caquot übertragen wurde, einem der besten französischen Ingenieure, der durch seine Arbeiten Welttrutz genießt. Auf die Frage, ob mehr als 5000 Flugzeuge gebaut werden könnten, falls diese Zahl als unzureichend angesehen werden sollte, antwortete der Minister: Das ist eher eine Frage der materiellen Möglichkeiten als eine Frage des Kredites. Sollte es notwendig sein, so könnte die Erzeugung v e r d o p p e l t werden.

Erregte Stimmung in Ungarn

London und Paris über den Grenzstreit CSR—Ungarn

London. Der slowakisch-ungarische Konflikt bleibt weiter das Hauptproblem, mit dem sich die internationale Diplomatie beschäftigt. London hat einen beschleunigten Bericht des englischen Gesandten in Bukarest über die Unterredung zwischen König Carol und Außenminister Ved erbeten. Gleichzeitig hat der rumänische Gesandte in Paris, Cestanu, den französischen Außenminister über die Haltung Rumäniens offiziell in London nach keine Meinung geäußert wird, scheint die Ansicht vorzuherrschen, daß König Carol den Vorschlag Ved's vorerst in Schwebe gelassen habe und die gemeinsame Grenze mit der Tschechoslowakei nicht verlieren wolle. Man glaubt auch zu wissen, daß König Carol seine endgültige Haltung von dem Ausfall der Gespräche abhängig machen will, die er bei seinem wahrscheinlichen am 15. November erfolgenden Staatsbesuche in London führen wird. Die Berichte der Londoner Presse lassen erkennen, daß die polnische diplomatische Aktivität zur Schaffung einer gemeinsamen

ungarisch-polnischen Grenze ungebremst fort-schreitet.

„D a i t h T e l e g r a p h“ bringt eine Meldung seines Warschauer Korrespondenten, der der Ansicht ist, daß die Mission Ved's in Rumänien gescheitert sei und König Carol für eine gemeinsame ungarisch-polnische Grenze nicht gewonnen wurde.

In einem separaten Artikel „Ungarn und die Slowakei“ meint die „Times“, die Volkszählung von 1910 dürfte für die Ungarn wahrscheinlich noch günstiger sein, als die Volkszählung von 1930 für die Tschechen. Die „Times“ gibt der Ansicht Ausdruck, daß zwischen der slowakischen und ungarischen Regierung eine Einigung über die Abtretung von Gebieten an Ungarn möglich sei, welche gemäß einer kürzlichen Zählung einen ungarischen Bevölkerungsanteil von mehr als 50 Prozent besäßen. Dann könnten vielleicht unparteiliche Berater eingeladen werden, über die noch strittigen Gebiete zu entscheiden. Besondere Schwierigkeiten bestehen hinsichtlich der kleinen Orte und Marktflecken in der

Energische Rede des Papstes

Castel Gandolfo. (Ag. Stef.) Papst Pius XI. sprach Freitag vor Teilnehmern des 4. internationalen Kongresses für christliche Archäologie und erwähnte dabei die letzten Ereignisse. Er drückte seinen tiefen Schmerz aus, den er nicht nur als Haupt der Christenheit empfinde, sondern auch als gewöhnlicher Mensch, ob der Verfolgungen, denen die Gläubigen ausgesetzt sind. Diese Verfolgungen, verbunden mit falschen Anklagen, haben nicht einmal vor dem heiligsten Burbur des kirchlichen Oberhirten halt gemacht. Der Papst sehe jedoch der Zukunft mit Optimismus entgegen. Die Erfahrungen seiner 80 Jahre hätten ihn zu der Ueberzeugung geführt, daß große Ereignisse von der Hand Gottes und keineswegs von Menschenhand geleitet werden. Er fügte hinzu, daß Ziel der päpstlichen Politik sei immer das gleiche und seine Macht könne ihn in seinem Ziel beirren, zum gemeinsamen Wohl der Menschheit beizutragen. Der Papst habe diese Politik immer verfolgt und werde sie auch weiterhin, soweit ihm Gott die Möglichkeit, Kraft und Gnade gebe, verfolgen.

Der Reuters-Korrespondent bemerkt, daß die energische Rundgebung des Papstes in vatikanischen Kreisen große Sensation verursacht habe. Die italienische Presse fügt vorläufig der päpstlichen Rundgebung keine Bemerkungen bei.

Slowakischen Talspalle, die zugleich die Sprachgrenze bildet. Aus Bukarest berichtet die „Times“, daß die rumänische Haltung, wonach Karpatenrußland bei der Tschechoslowakei verbleiben solle, von zwei Gründen diktiert werde: 1. Rumänien sei wegen weiterer tschechoslowakischer Opfer. 2. Rumänien wolle auch nicht auf seine gemeinsame Grenze mit der Tschechoslowakei verzichten. Der Bukarester Korrespondent der „Times“ meldet, Ungarn beharre darauf, daß allen nichttschechischen Nationalitäten in der Tschechoslowakei ohne Druck von außen das Recht der Selbstbestimmung gegeben werde. Da Ungarn die neuen tschechoslowakischen Grenzen garantiert solle, verlange es selbst Garantien dafür, daß diese Grenzen gerecht und bleibend sind und daß innerhalb der Tschechoslowakei friedliche und normale Verhältnisse herrschen. Die Stimmung in Ungarn sei sehr erregt.

Paris. Informationen der hiesigen Presse bestätigen, daß Rumänien auf der Erhaltung der gemeinsamen Grenze mit der Tschechoslowakei sowie darauf beharrt, daß die ungarisch-tschechoslowakischen Verhandlungen auf rein technischer Grundlage verbleiben, so wie es in Bündnissen vereinbart und von der tschechoslowakischen Regierung angenommen worden ist. Der „Petit Parisien“ schreibt: König Carol ließ sich nicht von den Vorteilen verleiten, die ihm der polnische Außenminister angedeutet hat und er betonte, daß Rumänien darauf beharre, der tschechoslowakischen Freundschaft treu zu bleiben und daß er wünsche, daß die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakei fortgesetzt werde. Rumänien würde nur mit Zweifel eine eventuelle Versicherung Budapests betreffs Siebenbürgen annehmen und es gebe schließlich dem Umstand den Vortrang, einer Kombination auszuweichen, welche Deutschland oder Rußland als gegen sie feindlich auslegen könnten. Polen und Rumänien, fährt das Blatt fort, sind Verbündete. Aber aus zwischen Verbündeten hat der Edelmut Grenzen und König Carol konnte vernünftiger Weise nicht zustimmen, die Sicherheit seines Landes nur deshalb zu gefährden, damit Ungarn und Polen gemeinsame Grenzen erhalten. König Carol traf diese vernünftige Entscheidung im vollen Einverständnis mit Jugoslawien, das es ablehnt, eine ungerechtfertigte Erweiterung Ungarns zuzulassen.

In Budapest beginnt man übrigens zu begreifen, sagt „Petit Parisien“, daß die Ungarn die Gelegenheit nicht allzu weit treiben dürfen. Ungarn kann insbesondere nicht den Willen Deutschlands kreuzen, das zum polnischen Plan in Opposition steht. Warschau verhält sich jedoch so, als ob es auf dem Plane verharren wolle und man muß sich fragen, wie dieser sonderbare Konflikt enden wird, der von Polen aus Gründen hervorgerufen wurde, deren geheime Ursachen nicht erraten werden können.

Es regnet Seldenstrümpfe

Die Antwort auf den „Brotanflug“ auf Madrid

Sondage. (Reuters.) Verlässlichen Nachrichten aus Burgos zufolge warfen republikanische Flugzeuge am Donnerstag in der Umgebung von Burgos einige Tonnen Seidenstrümpfe, Leibwäsche und andere Bekleidungsstücke ab.

Die republikanischen Kreise erläutern diesen „Flugangriff“ so, daß es sich um eine Antwort auf den kürzlichen „Brotanflug“ der Nationalisten auf Barcelona und Madrid handle, um den Nationalisten zu zeigen, daß die Republikaner um den Mangel an Textilien in Franco-Spanien wissen.

Gefangenenaustausch

London. Wie der Reuters-Korrespondent aus verlässlicher Quelle erfährt, wird die Franco-Regierung auf Grund der kürzlich geschlossenen Vereinbarungen hundert britische Gefangene freilassen, die ohne Verzug in ihre Heimat geschickt werden sollen. Auf Grund des gleichen Uebereinkommens hat auch die republikanische Regierung hundert italienische Gefangene freigelassen, die bereits von Barcelona nach Italien geschickt wurden.

